

***Einstellungen zur Energiepolitik
in Deutschland, Frankreich und Europa und zu den
deutsch-französischen Beziehungen***

*Eine deutsch-französische Meinungsumfrage
im Rahmen des III. Genshagener Forums
(8.-9.11.2012)*

*Umfrage durch Harris Interactive für die Stiftung Genshagen und das Institut Montaigne
Stand: 8. November 2012*

Ausführlicher Bericht

Umfrage am Telefon

- in Frankreich vom 25. bis 29. September 2012 unter 1006 repräsentativen Einzelpersonen aus der französischen Bevölkerung ab 18 Jahren
- in Deutschland vom 22. September bis 4. Oktober 2012 unter 1000 repräsentativen Einzelpersonen aus der deutschen Bevölkerung ab 18 Jahren
- Quotierungsmethode und Erhebung anhand folgender Kriterien: Geschlecht, Alter, sozioprofessionelle und regionale Zuordnung des/der Befragten

Im Auftrag der Stiftung Genshagen und des Institut Montaigne hat Harris Interactive im Rahmen der Vorbereitungen des [3. Genshagener Forums für deutsch-französischen Dialog](#) zum Thema „Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit, Solidarität: Welche Energiestrategie für Europa?“ in Deutschland und Frankreich je 1000 repräsentativ ausgewählte Bürger befragt, um ihre **Wahrnehmung der deutsch-französischen Beziehungen sowie ihre Bewertung der Energiepolitiken beider Länder aufzuzeigen**.

Die Untersuchung steht **in einer Reihe mit einer früheren Studie¹ vom September 2011, die ebenfalls im Rahmen des Genshagener Forums** zu den deutsch-französischen Beziehungen und den Integrationspolitiken beider Länder durchgeführt wurde. Frankreich hat seitdem einen neuen Staatspräsidenten gewählt und eine neue Regierung unter Beteiligung von Ministern aus dem Lager der Grünen aufgestellt. Diese Regierung, die bereits im September einen Umweltgipfel ausrichtete, hat ihre Absicht bekräftigt, die Bedeutung der Kernenergie im französischen Energiemix zu reduzieren, ohne damit den Vorrang dieser Energiequelle infrage zu stellen. Deutschland dagegen hat infolge der Nuklearkatastrophe von Fukushima eine Energiewende auf den Weg gebracht, deren Ziel die gänzliche Aufgabe der Kernenergie bis zum Jahr 2022 und ein deutlicher Rückgang der Emission von Treibhausgasen ist.

Auf europäischer Ebene hat **die Finanz- und Wirtschaftskrise die unterschiedlichen Standpunkte zur Rolle Europas** bei der Unterstützung von Mitgliedsländern verdeutlicht, wobei Angela Merkel und François Hollande nur schwer zu vereinbarende Positionen vertreten haben. Der Europäische Fiskalpakt, der am 1. Januar 2013 in Kraft treten soll, und der in Deutschland und Frankreich ratifiziert worden ist, sorgt insbesondere in Frankreich für intensive Diskussionen.²

Wie sehen in diesem zum Teil spannungsreichen Kontext Deutsche und Franzosen die Beziehungen zwischen ihren Ländern, und was können wir aus den unterschiedlichen Standpunkten zur Rolle Europas in den Bereichen Wirtschaft und Energie lernen?

¹ Siehe die im Rahmen des Genshagener Forums 2011 veröffentlichte Umfrage „Zuwanderung und Integration in Deutschland, Frankreich und Europa.“, abrufbar unter <http://www.stiftung-genshagen.de/genshagenerforum/Meinungsumfrage.pdf>

² Hierbei ist zu beachten, dass die vorliegende Untersuchung durchgeführt wurde, bevor im französischen Parlament über den Europäischen Fiskalpakt abgestimmt wurde.

Welche Ergebnisse liefert die Umfrage?

Zunächst ist festzuhalten, dass **die Antworten der Deutschen und Franzosen in vielen Punkten übereinstimmen**, wenn auch in jeweils unterschiedlichem Maße.

Deutsch-französische Beziehungen

Wie bereits 2011 sehen Deutsche und Franzosen ihre Länder als **privilegierte Partner innerhalb der Europäischen Union** an. Dennoch **erkennt die Bevölkerung beider Länder während der vergangenen 12 Monate** (die Franzosen in höherem Maße als die Deutschen) **eine Abwertung dieser Beziehungen** und spricht ihnen eine leicht geringere Bedeutung für die Zukunft der Europäischen Union zu. Trotz dieses Rückgangs bleibt die Beurteilung grundsätzlich positiv, wenngleich die Qualität oder die Bedeutung der Beziehungen geringer bewertet wird – ein Zeichen dafür, dass das deutsch-französische Paar in beiden Nationen weiterhin als ein Motor für Europa gesehen wird.

Beziehungen zwischen Mitgliedstaaten und EU

In Deutschland und in Frankreich **hat die Bevölkerung Schwierigkeiten zu entscheiden, welche Politikfelder im Kompetenzbereich der EU und welche in dem der Mitgliedstaaten liegen sollten**: Ein Drittel befürwortet eine Stärkung der EU-Kompetenzen, ein Drittel fordert dagegen ihre Einschränkung, und ein weiteres Drittel möchte den Status quo beibehalten. Auch wenn eine relative Mehrheit das Prinzip einer europäischen Kontrolle der Haushalts- und Wirtschaftspolitik befürwortet, ist zu beachten, dass in Frankreich eine große Bevölkerungsschicht – die zugleich die Extreme des politischen Spektrums widerspiegelt – die Vergemeinschaftung ablehnt und eine Reduzierung der europäischen Kompetenzen fordert.

Beurteilung der nationalen Energiepolitik

In Energiefragen erklären sich die Deutschen zufriedener mit der Politik ihres Landes als die Franzosen. Erstgenannte unterstützen in sehr großem Maße die Entscheidung ihrer Regierenden, die Nuklearenergie aufzugeben, während letztgenannte weniger entschlossen sind: Einerseits begrüßen sie die Entscheidung ihrer Regierung, an der Kernenergie festzuhalten, andererseits bewertet eine knappe Mehrheit der Franzosen die deutsche Entscheidung, die Kernenergie bis zum Jahr 2022 aufzugeben, als positiv .

Prioritäten der Energiepolitik

Franzosen und Deutsche glauben, dass sich **die Energiepolitik vor allem an den Energiekosten orientieren muss. Für die Deutschen spielen darüber hinaus der Umweltschutz und die Versorgungssicherheit eine größere Rolle, während die Franzosen eher Wert auf die technische Sicherheit der Energieproduktion legen.** Diese Standpunkte sind sicherlich zum Teil durch die unterschiedlichen Einstellungen zur Kernenergie in beiden Ländern beeinflusst. In diesem Sinne **legen die Franzosen in puncto Energiewende die Priorität auf die Stabilität der Energiepreise**, während für ein Drittel der Deutschen die Umweltauswirkungen eine größere Rolle spielen, egal, welche Folgen dies für die Preisentwicklung hat.

Rolle der EU in der Energiepolitik

Es ist festzuhalten, dass **die Deutschen einer europäischen Abstimmung in der Energiepolitik etwas weniger positiv gegenüberstehen als die Franzosen.** Wenngleich sie eine Integration in Sachen Wirtschafts- und Haushaltspolitik eher befürworten, scheinen die Deutschen davon überzeugt zu sein, dass die Politik bezüglich des Energiemixes in den EU-Mitgliedstaaten eine nationale Angelegenheit ist und bleiben muss.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| 1. Die deutsch-französischen Beziehungen und die Zukunft der Europäischen Union | 5 |
| Der wichtigste Partner innerhalb der Europäischen Union | 5 |
| Der gegenwärtige Stand der bilateralen Beziehungen und ihre Bedeutung..... | 6 |
| Die Zukunft der Europäischen Union | 9 |
| | |
| 2. Energiepolitik in Deutschland und Frankreich | 11 |
| Beurteilung der nationalen Energiepolitik..... | 11 |
| Die Atomkraft aus deutscher und französischer Sicht | 12 |
| Welche Zielsetzungen in der Energiepolitik?..... | 14 |
| Energiewende, ja – aber zu welchem Preis? | 15 |
| Energiepolitik: Sache der EU oder der Mitgliedstaaten? | 17 |
| | |
| Über die Stiftung Genshagen..... | 19 |
| Über das Institut Montaigne | 20 |
| Über Harris Interactive | 21 |

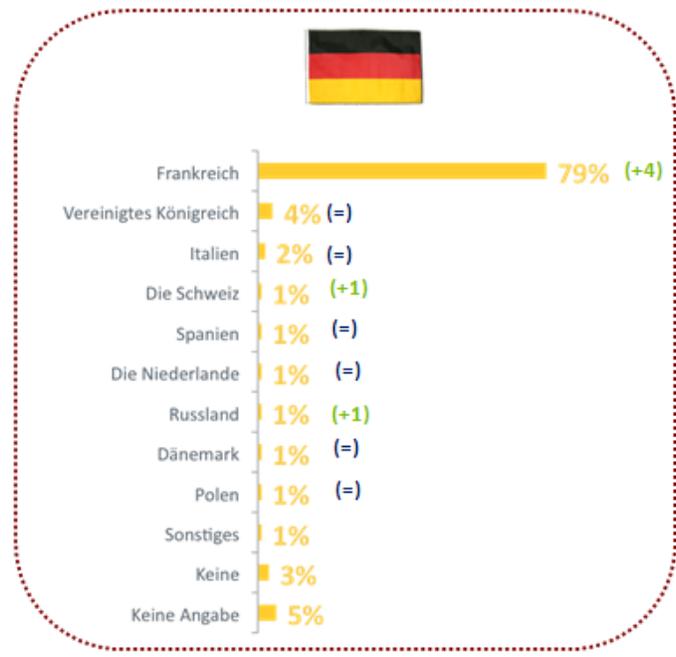
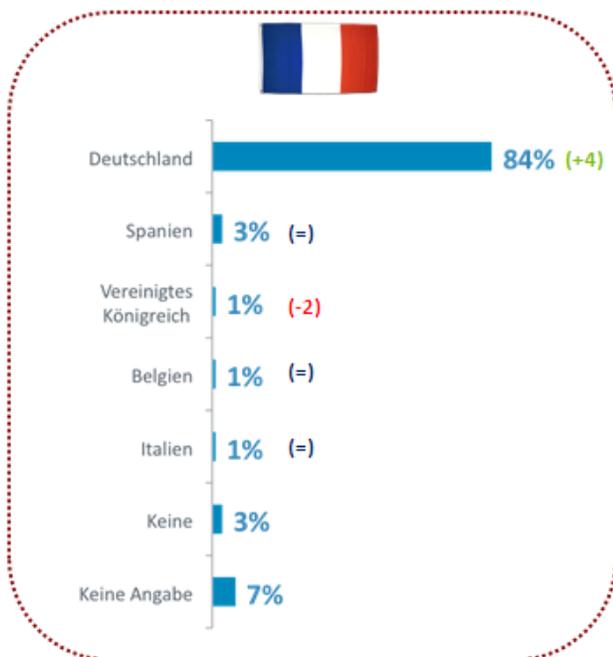
1. Die deutsch-französischen Beziehungen und die Zukunft der Europäischen Union

Der wichtigste Partner innerhalb der Europäischen Union

Trotz der zum Teil unterschiedlichen Standpunkte ihrer Entscheidungsträger bleiben Deutschland und Frankreich nach Ansicht der Bevölkerung unverzichtbare Partner in Europa.

Im Jahre 2011 bezeichneten sich Franzosen und Deutsche gegenseitig als privilegierte Partner der Europäischen Union. Im Jahre 2012 bleibt das deutsch-französische Paar nach Ansicht der Bevölkerung, ungeachtet der zeitweisen Divergenzen der Entscheidungsträger insbesondere in Bezug auf die Rolle der Europäischen Zentralbank oder die Einführung gemeinsamer Euro-Bonds für die Mitgliedsländer der Eurozone, dennoch ein Grundpfeiler Europas. Tatsächlich bezeichnen **84% der Franzosen (+4 Prozentpunkte) spontan Deutschland als wichtigsten Partner innerhalb der Europäischen Union, und gleiches gilt umgekehrt für 79% der Deutschen (+4 Prozentpunkte)**. Mehr noch als im vergangenen Jahr und zu sehr ähnlichen Anteilen werden Frankreich und Deutschland als privilegierte Partner angesehen. Kein anderes Land wird bei einer Spontan-Umfrage von mehr als 4% der Befragten genannt.

*Welches Land ist in der Europäischen Union der wichtigste Partner für Deutschland/Frankreich?
(Offene Frage – spontane Antworten)*



Im Detail betrachtet **wird diese enge Verbindung von allen Bevölkerungsgruppen hervorgehoben, wobei dies besonders für das konservative Lager des politischen Spektrums gilt**. So nennen 95% der UMP-Anhänger in Frankreich und 81% der CDU/CSU-Sympathisanten das jeweils andere Land. 87% Prozent der Anhänger der Sozialisten (-2 Prozentpunkte i.V.z. 2011) nennen ebenfalls Deutschland, obwohl das Verhältnis zwischen François Hollande und Angela Merkel als teilweise gespannt beschrieben wird. Wie bereits 2011 kann festgehalten werden, dass die Mitglieder der bessergestellten Gruppe (89%), die Franzosen mit hohem

Bildungsabschluss (94%) und hohem Einkommen (92%) überdurchschnittlich oft Deutschland nennen. Außerdem ist festzuhalten, dass etwas weniger junge Deutsche Frankreich als ersten Partner Deutschlands in Europa betrachten, als dies für ältere Befragte gilt (72% ggü. 81% der Befragten zwischen 50 und 64 Jahren).

Der gegenwärtige Stand der bilateralen Beziehungen und ihre Bedeutung

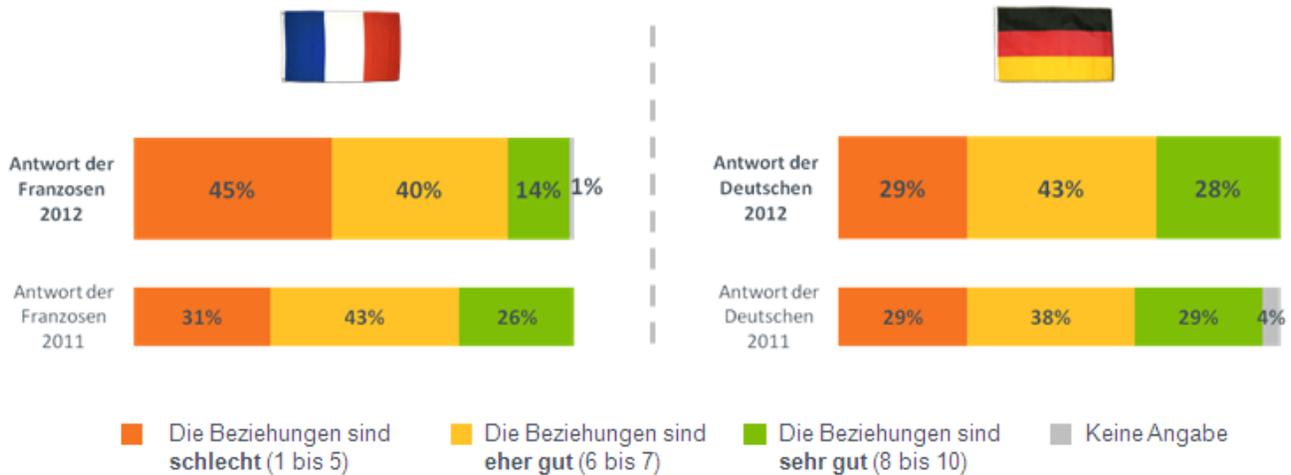
Deutsche und Franzosen sind dennoch der Ansicht, dass das Verhältnis zwischen ihren Ländern leicht weniger gut ist als im letzten Jahr und messen ihm außerdem weniger Bedeutung bei.

Auch wenn Deutsche und Franzosen sich weiterhin als privilegierte Partner innerhalb der Europäischen Union ansehen, **stellen sie dennoch eine leichte Verschlechterung der Beziehung zwischen beiden Ländern fest und scheinen ihr etwas weniger Bedeutung innerhalb der Europäischen Union beizumessen als im vergangenen Jahr.**

Aufgefordert, den Zustand der Beziehungen mit Noten von 1 bis 10 zu bewerten (wobei 1 für sehr schlechte Beziehungen steht und 10 für besonders gute, und die Zwischenstufen der Nuancierung der Einschätzungen dienen), **haben die Franzosen in diesem Jahr eine Durchschnittsnote von 5,8 gegenüber 6,4 im vergangenen Jahr vergeben, und die Deutschen 6,4 im Vergleich zu 6,5 im Jahr 2011.** Im Detail betrachtet geben 45% der Franzosen den deutsch-französischen Beziehungen eine schlechtere oder gleich gute Note als der Durchschnitt (+ 14 Prozentpunkte), während 40% die Note 6 oder 7 (- 3 Prozentpunkte) und nur 14% zwischen 8 und 10 vergeben (-12 Prozentpunkte). Die Deutschen urteilen etwas weniger streng: Eine relativ gleichgroße Anzahl wie im vergangenen Jahr, nämlich 29%, bewertet das Verhältnis mit einer Note von 1 bis 5, 43% (+5 Prozentpunkte) zwischen 6 und 7, und 28% (-1 Prozentpunkt) zwischen 8 und 10. Besonders die Franzosen sind der Ansicht, das Verhältnis zwischen den Ländern habe sich in den vergangenen 12 Monaten verschlechtert. Vielleicht haben die bilateralen Beziehungen zu anderen europäischen Ländern, beispielsweise mit Spanien oder Italien, die Frankreich während des letzten EU-Gipfels oder auch in kleinerem Rahmen im Elysée-Palast empfangen hat, zu dieser – leichten – Distanzierung gegenüber Deutschland beigetragen.

Wie bewerten Sie den gegenwärtigen Zustand der deutsch-französischen Beziehungen? Bitte benutzen Sie zur Bewertung eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 heißt, dass die Beziehungen Ihrer Meinung nach sehr schlecht sind, und 10, dass sie sehr gut sind.

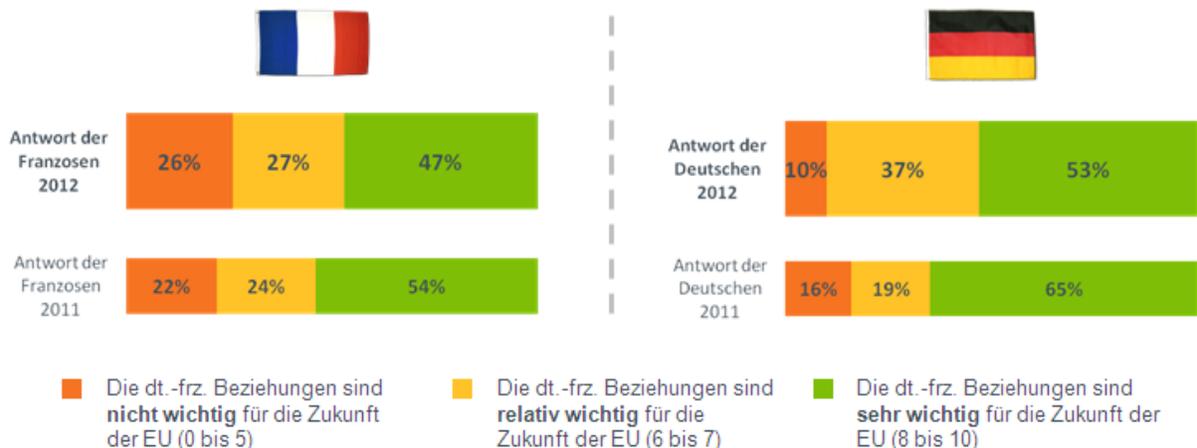
- Diese Frage wurde der Hälfte der befragten Personen in jedem Lande gestellt-



Es ist festzuhalten, dass in Frankreich gerade Personen im mittleren Alter, aber auch einfache Angestellte sowie Anhänger des konservativen Lagers eher leicht schlechtere Noten vergeben und am deutlichsten die Verschlechterung der Beziehungen beklagen (5,5 bei den 30 - 39jährigen; 5,4 bei Arbeitssuchenden und 5,6 bei Anhängern des konservativen Lagers), mit Rückgängen von jeweils 1 bzw. 1,5 Prozentpunkten. In Deutschland messen die Jugendlichen zwischen 18 und 29 Jahren Frankreich als privilegiertem Partner etwas weniger Bedeutung bei und beurteilen die deutsch-französischen Beziehungen ein wenig schlechter (5,9 i.V.z. 7 im letzten Jahr). Im Gegensatz zur Mehrheit der Franzosen beurteilen einfache Angestellte die Beziehungen besser (6,8 i.V.z. 6,1 im vergangenen Jahr).

Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die deutsch-französischen Beziehungen für die Zukunft der Europäischen Union auf einer Skala von 1 bis 10? Benutzen Sie für die Bewertung eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 heißt, dass die Beziehungen Ihrer Meinung nach gar nicht wichtig sind, und 10, dass sie sehr wichtig sind.

- Diese Frage wurde der Hälfte der befragten Personen in jedem Lande gestellt-



Aufgefordert, die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen für die Zukunft der Europäischen Union einzuschätzen (wobei 1 für sehr unbedeutend und 10 für ihrer Ansicht nach sehr bedeutend steht), **beurteilen Deutsche und Franzosen die Beziehungen als nicht mehr ganz so fundamental wichtig wie 2011, obgleich hier die Noten gleichbleibend gut sind. So schätzen die Franzosen die Bedeutung mit der Durchschnittsnote 7 ein (i.V.z. 7,3 im letzten Jahr), und die Deutschen vergeben eine Durchschnittsnote von 7,5 gegenüber 7,7 im letzten Jahr.**

Im Detail betrachtet sehen 26% der Franzosen (+4 Prozentpunkte) und nur 10% der Deutschen (-6 Prozentpunkte) die deutsch-französischen Beziehungen als wenig oder gar nicht wichtig für die Zukunft der EU an und vergeben eine Note zwischen 1 und 5. 27% der erstgenannten (+3 Prozentpunkte) und 37% der letztgenannten (+18 Prozentpunkte) glauben, die Beziehungen seien ziemlich wichtig, und geben demnach Noten zwischen 6 und 7, und jeweils 47% (-7 Prozentpunkte) bzw. 53% (-12 Prozentpunkte) beurteilen die Beziehungen als sehr wichtig, mit Noten zwischen 8 und 10. Was die Zahlen aus Frankreich angeht, lässt sich keine große Veränderung feststellen, während man in Deutschland im Vergleich zu 2011 eine Angleichung der Meinungen feststellen kann, bei der ein Großteil der Befragten Noten im mittleren Bereich vergibt. Dieses Ergebnis kann eine **gewisse Vorsicht gegenüber der Zukunft** ausdrücken, in der die Deutschen Frankreich zwar als privilegierten Partner betrachten, aber nicht gewillt sind, harmonische deutsch-französische Beziehungen als einzige und notwendige Bedingung einer gut funktionierenden Europäischen Union zu sehen. Diese Hypothese ist dabei vor dem Hintergrund der gerade in Deutschland relativ guten Noten zu betrachten, welche die in den Augen der Bevölkerung beider Länder wichtige Rolle des deutsch-französischen Paares im Aufbau Europas widerspiegeln.

Im Detail betrachtet messen in Frankreich besonders die männlichen Befragten den deutsch-französischen Beziehungen für die Zukunft der Europäischen Union eine Bedeutung bei (7,2 i.V.z. 6,8 bei den weibl. Befragten), während in Deutschland die gegenteilige Tendenz zu beobachten ist, wenngleich die Durchschnittsnote nicht sehr stark divergiert (7,6 für die weibl. Befragten i.V.z. 7,4 für die männl. Befragten). Ein weiterer Unterschied zwischen beiden Ländern: In Frankreich nimmt die Bedeutung, die den Beziehungen beigemessen wird, mit dem Alter der Befragten zu. In Deutschland messen dahingegen insbesondere die Menschen zwischen 30 und 39 Jahren den Beziehungen eine höhere Bedeutung bei. Wo sozioprofessionelle Kategorien die Ergebnisse in Deutschland nur wenig beeinflussen, variieren sie in Frankreich je nach leitenden Angestellten (7,4) und einfachen Angestellten (6,6).

Die politische Einordnung spielt bei der Meinungsbildung allerdings die größte Rolle: So misst in Frankreich das konservative Lager den Beziehungen am meisten Bedeutung bei (7,5), noch vor den Linken (6,9) und den Rechtsextremen (6,4). Beachtenswert ist der ziemlich deutliche Rückgang in der zuletzt genannten Gruppe. In Deutschland sind es dagegen die Anhänger des linken Lagers, die das Verhältnis zu Frankreich als besonders wichtig ansehen (8,2, +0,5 i.V.z. 2011 für Sympathisanten der Partei „Die Linke“, 7,6 für die der SPD) und die damit vor den Anhängern der CDU/CSU liegen (7,5, -0,7 i.V.z. 2011). Hier kann man die These vertreten, dass die Anhänger des konservativen Lagers in Frankreich die Annäherung an Deutschland, das für ein „wirtschaftsliberaleres“ Europa steht, positiver als der Rest der Bevölkerung einschätzen. Demgegenüber

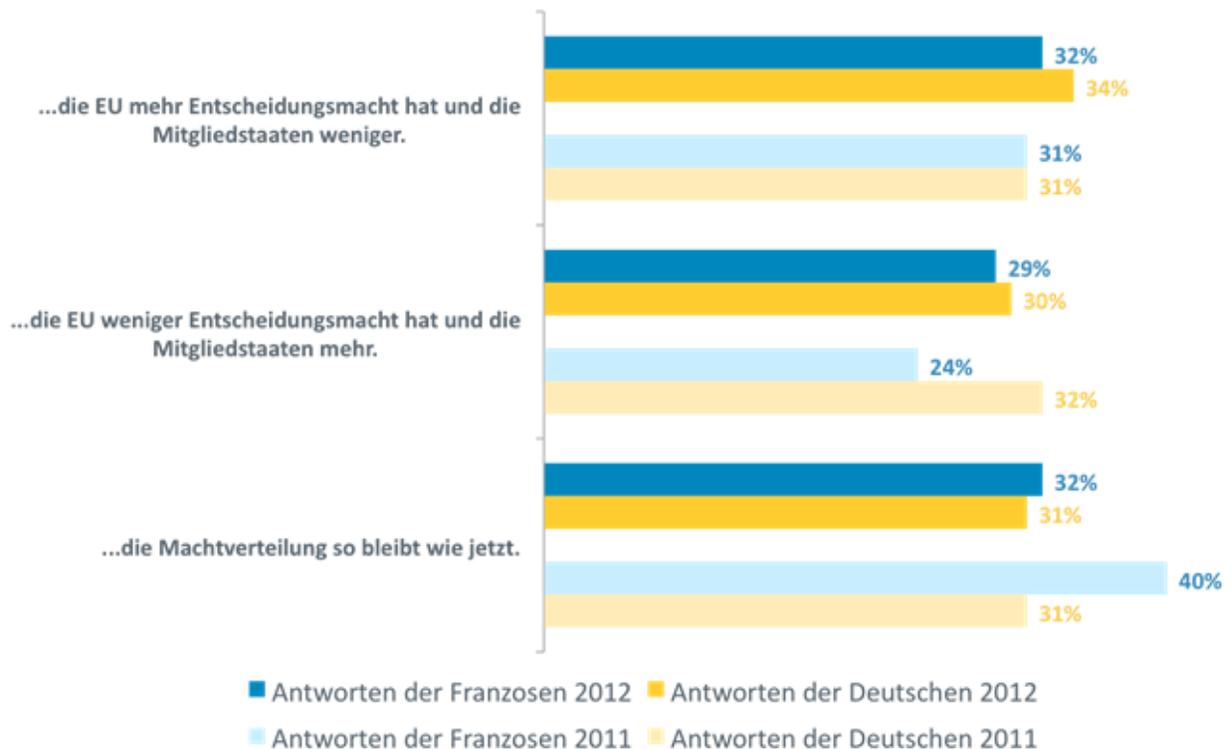
befürworten Sympathisanten des linken Lagers in Deutschland eine Annäherung an Frankreich und seine neue Regierung, deren Ziel ein „sozialeres“ Europa ist.

Die Zukunft der Europäischen Union

Frankreich und Deutschland sind weiterhin geteilter Meinung, was die Entwicklung der Kompetenzbereiche der Europäischen Union angeht, wenngleich das Prinzip einer europäischen Kontrolle der Haushalts- und Wirtschaftspolitiken mehrheitlich akzeptiert wird.

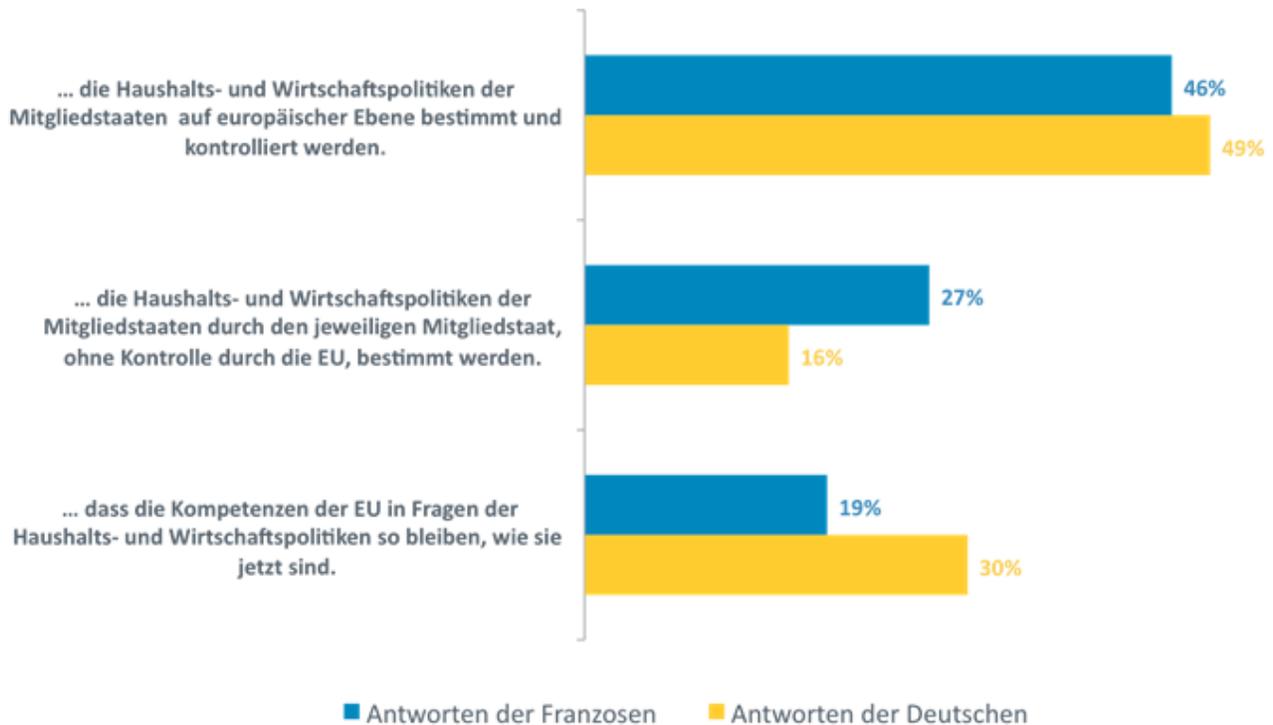
Wenn die Europäische Union, ihre Aufgaben und die Funktionsweise ihrer Institutionen im Laufe des vergangenen Jahres aufgrund der Eurokrise erneut Gegenstand von Debatten war, **so hat sich das Meinungsbild bezüglich der Kompetenzen der EU nur relativ wenig verändert und zeigt weiterhin, dass die öffentliche Einschätzung dazu grundsätzlich gespalten ist.** Tatsächlich befürworten 32% der Franzosen und 34% der Deutschen mehr Kompetenzen der EU gegenüber den Mitgliedstaaten (mit einem Zuwachs von jeweils 1 und 3 Prozentpunkten). Demgegenüber sprechen sich 29% der Franzosen (+5 Prozentpunkte) und 30% der Deutschen (- 2 Prozentpunkte) für weniger Macht der EU und für mehr Kompetenzen der Mitgliedstaaten aus. Ein Drittel der Befragten in beiden Ländern wollen den Status quo beibehalten. **Während der Wille zur Vertiefung der europäischen Integration in Deutschland weiterhin leicht wächst, erweist er sich in Frankreich angesichts von mehr Befragten, die eine Limitierung der europäischen Kompetenzen wünschen, als leicht rückläufig.**

Wünschen Sie sich für die Zukunft der Europäischen Union, dass im Vergleich zu heute...?



Der erwähnte Anstieg lässt sich auch und sogar besonders bei den Teilen der Bevölkerung feststellen, die eigentlich nicht anti-europäisch eingestellt sind, nämlich bei Befragten zwischen 50 und 64 Jahren (+37%, +6 Prozentpunkte), Mitgliedern der bessergestellten Gruppe (33%, +6 Prozentpunkte) und Haushalten mit höherem Einkommen (36%, +7 Prozentpunkte). Dies zeigt, dass die Schwierigkeiten der Europäischen Union angesichts der Eurokrise die Vorstellung vom weiteren Aufbau Europas vor allem in den Reihen der eigentlich pro-europäisch Eingestellten beeinträchtigt.

Im Kontext der Wirtschaftskrise, die die Eurozone gegenwärtig durchlebt, wünschen Sie sich, dass... ?



In diesem Jahr wurde die Umfrage zudem genutzt, um die Bevölkerung über den Grad der gemeinsamen Gestaltung und Kontrolle der Haushalts- und Wirtschaftspolitik zu befragen.

Der Europäische Fiskalpakt, der derzeit von mehreren Ländern ratifiziert wird, sieht gemeinsame Regeln der wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Steuerungssysteme vor. Er fasst zudem eine engere Koordination und Konvergenz der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer ins Auge. Diese werden dazu angehalten, ihren nationalen Plan zur Entschuldung der öffentlichen Haushalte offenzulegen und sicherzustellen, dass umfangreiche wirtschaftliche Reformvorhaben auf europäischer Ebene diskutiert und, wenn nötig, koordiniert werden.

Welche Reaktionen löst das Prinzip der größeren Koordinierung und Kontrolle innerhalb Europas aus? **In Deutschland erklärt etwa die Hälfte der Befragten, dass die Haushalts- und Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene ausgearbeitet und kontrolliert werden sollten.** Nur 16% der Befragten befürworten, dass jeder Staat frei und ohne die Kontrolle Europas entscheiden kann, und 30% möchten den gegenwärtigen Grad der gemeinsamen Gestaltung und Kontrolle beibehalten. **In Frankreich ist der Anteil derjenigen, die sich für eine freie Gestaltung durch die Staaten aussprechen, größer (27%),** während 19% den

Status quo beibehalten wollen und 46% die Idee einer engeren Koordination und Kontrolle der Haushalts- und Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer durch die Europäische Union unterstützen.³

Es zeigt sich deutlich, dass **der Wunsch nach geringerer wirtschaftlicher Integration in Europa in Frankreich stärker ausgeprägt ist als in Deutschland**, wenngleich nach wie vor nur eine Minderheit dieser Ansicht ist. Besonders die Sympathisanten des linken Lagers (39% des Front de Gauche), der Rechtsextremen (37% des Front National) sowie ihre Unterstützer aus der Gruppe der einfachen Angestellten (35%, davon 42% Arbeiterklasse) äußern sich in diese Richtung. Anhänger beider Parteien sind trotz ihrer Gegensätzlichkeit auf politischer Ebene der Ansicht, dass der Fiskalpakt die nationale Souveränität verletzt und zudem einer wirtschaftsliberalen Politik Vorschub leistet. In Deutschland greift keine der Parteien diese Befürchtungen auf, die dementsprechend in der deutschen Gesellschaft weniger virulent sind.

2. Energiepolitik in Deutschland und Frankreich

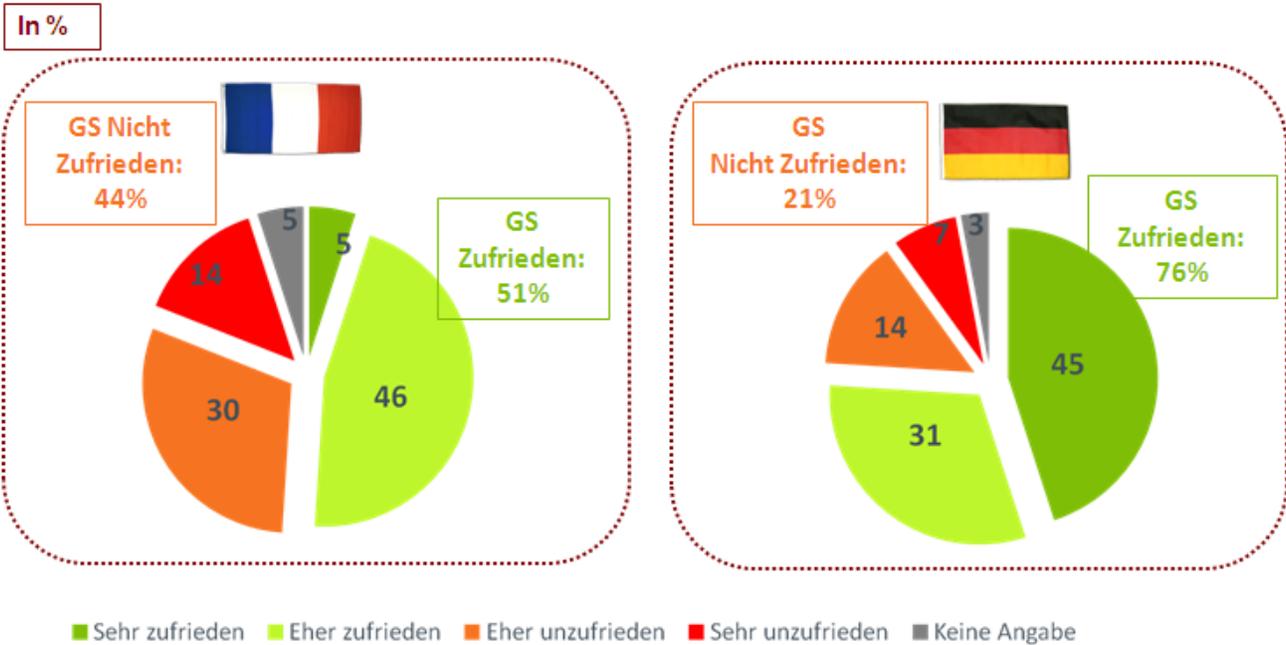
Beurteilung der nationalen Energiepolitik

Die Deutschen sind zufriedener mit der Energiepolitik ihres Landes als die Franzosen und unterstützen größtenteils die Entscheidung des Atomausstiegs, während sich die Franzosen unentschlossener zeigen.

Drei Viertel der Deutschen erklären sich mit der Energiepolitik ihres Landes zufrieden, 45% von ihnen sind sogar sehr zufrieden. Dabei sind alle Bevölkerungsgruppen größtenteils zufrieden, außer Anhängern der Partei „Die Linke“. 66% der Sympathisanten der FDP erklären sich mit der Energiepolitik einverstanden, 79% der Grünen, 82% der Anhänger der SPD und 88% der CDU/CSU. Die Franzosen zeigen sich dagegen sehr viel weniger einig. Immerhin sind nur 51% zufrieden mit der Energiepolitik ihres Landes, 41% sind sogar unzufrieden. Zudem ist festzuhalten, dass nur 5% der Befragten angeben, sie seien sehr zufrieden mit der französischen Energiepolitik. Im Detail betrachtet herrscht die kritischste Einstellung bei den Befragten, die zwischen 40 und 49 Jahre alt sind (53% der Unzufriedenen), bei einfachen Angestellten (48%), bei Bewohnern des Ostens des Landes (55%), bei Personen mit mindestens einem Kind (48%) und besonders bei den Anhängern der Partei „Europe Ecologie – Les Verts“ (70%).

³ Vgl. Fußnote 2

Wir werden jetzt über die Energiepolitik in Deutschland (Frankreich) und in Europa sprechen. Sind Sie sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden mit der Energiepolitik Deutschlands (Frankreichs)?



Die Atomkraft aus deutscher und französischer Sicht

Die Deutschen, und in kleinerem Maße die Franzosen, heißen die deutsche Entscheidung für den Atomausstieg gut.

Auch wenn die Kernenergie nicht das einzige Kriterium in der Beurteilung der Energiepolitik der eigenen Regierung ist, zeigt sich, dass **die Deutschen die Entscheidung ihrer Regierenden zum Atomausstieg größtenteils unterstützen, während die Franzosen ihrerseits die Entscheidung, weiterhin Kernenergie zu nutzen, sehr viel weniger unterstützen.** Immerhin halten 78% der Deutschen den Ausstieg aus der Kernenergie in ihrem Land für eine gute Sache, davon 44% sogar für eine sehr gute. Der gleiche Anteil der Befragten beurteilt folglich auch die französische Entscheidung, weiterhin die Kernenergie als wichtigste Energiequelle des Landes beizubehalten, als eine schlechte Sache (77%, davon 33% als eine sehr schlechte Sache). Die Franzosen erscheinen bei diesem Thema in ihrer Meinung ideologisch weniger kohärent und berücksichtigen in ihrem Urteil stärker die nationalen Besonderheiten: Die französische Entscheidung, die Nuklearenergie weiterhin zu nutzen, halten sie für eine gute Sache (64%, davon 18% für eine sehr gute Sache), aber auch dem deutschen Ausstieg stehen sie positiv gegenüber (53%, davon 20% sehr positiv).

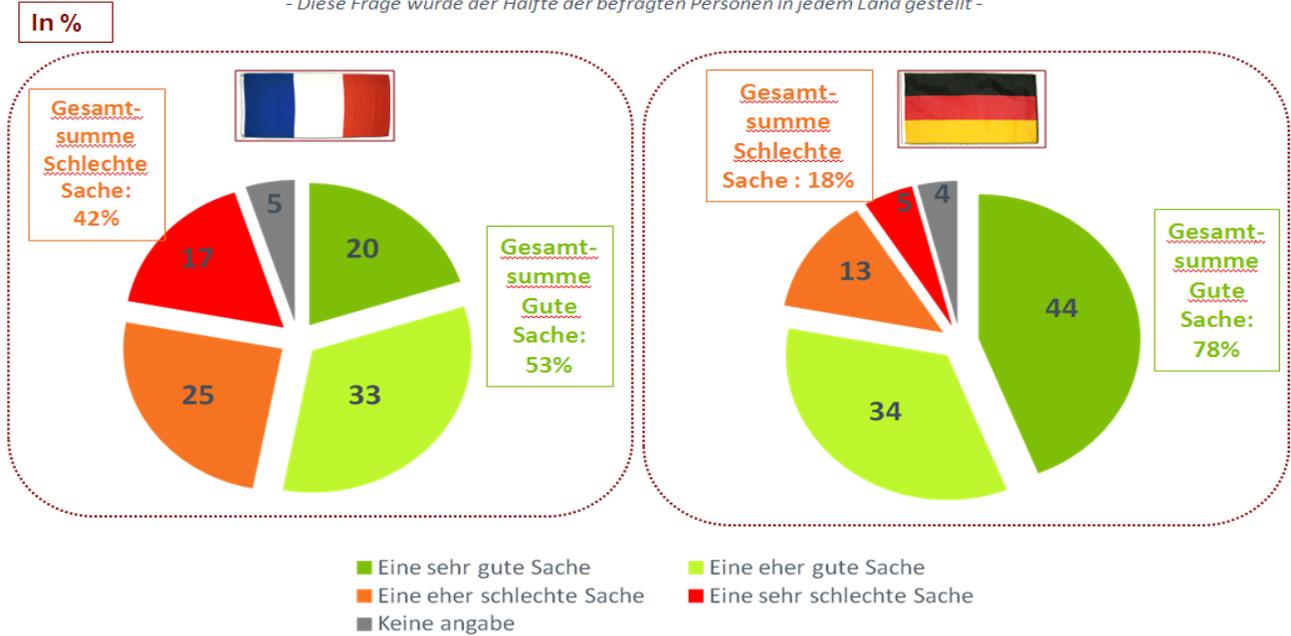
Im Detail betrachtet kann man festhalten, dass der deutsche Atomausstieg besonders von den Grünen-Parteien beider Länder unterstützt wird (95% der Anhänger der Partei „Bündnis 90 – Die Grünen“ und 69% der Anhänger der Partei „Les Verts“). In Deutschland ist sich praktisch die gesamte Bevölkerung in dieser Haltung einig, wobei die Entscheidung im Westen noch stärker befürwortet wird als im Osten (82% bzw. 71%). In Frankreich wird der

Ausstieg vor allem von Frauen (60%) und Eltern (60%) bejaht, während Männer (50%), ältere Menschen (53%) und Anhänger des konservativen Lagers (53%) ihn vorwiegend negativ beurteilen.

Die Entscheidung Frankreichs, weiterhin Kernenergie zu nutzen, wird dagegen von den Anhängern der

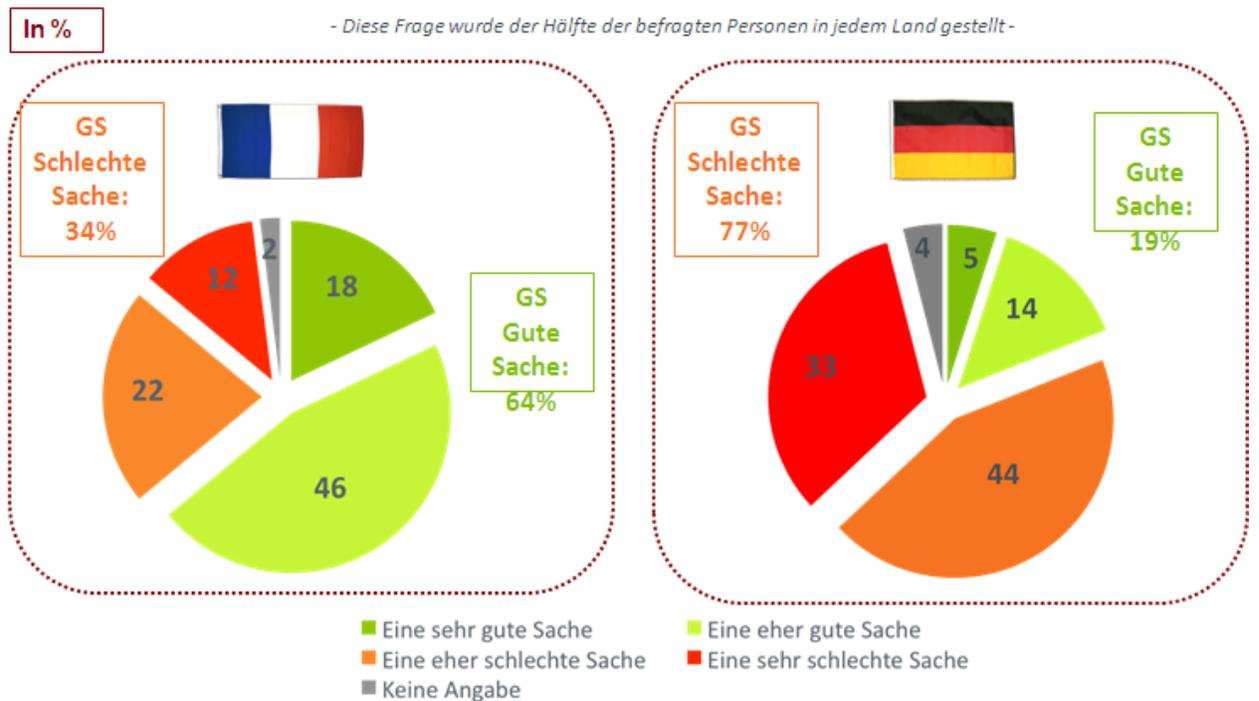
Wie ist Ihre Meinung ? Die Entscheidung Deutschlands, aus der Atomenergie auszusteigen ist....?

- Diese Frage wurde der Hälfte der befragten Personen in jedem Land gestellt -



französischen und der deutschen Umweltbewegung verurteilt (72% bzw. 91%), wohingegen sie in Frankreich eher von Männern, älteren Menschen, Gutverdienern und Sympathisanten des konservativen Lagers befürwortet wird. In Deutschland wird sie von den Befragten aller Gruppen abgelehnt.

Die Entscheidung Frankreichs, die Atomkraft als Hauptquelle der Energieerzeugung zu bewahren, ist Ihrer Meinung nach ... ?



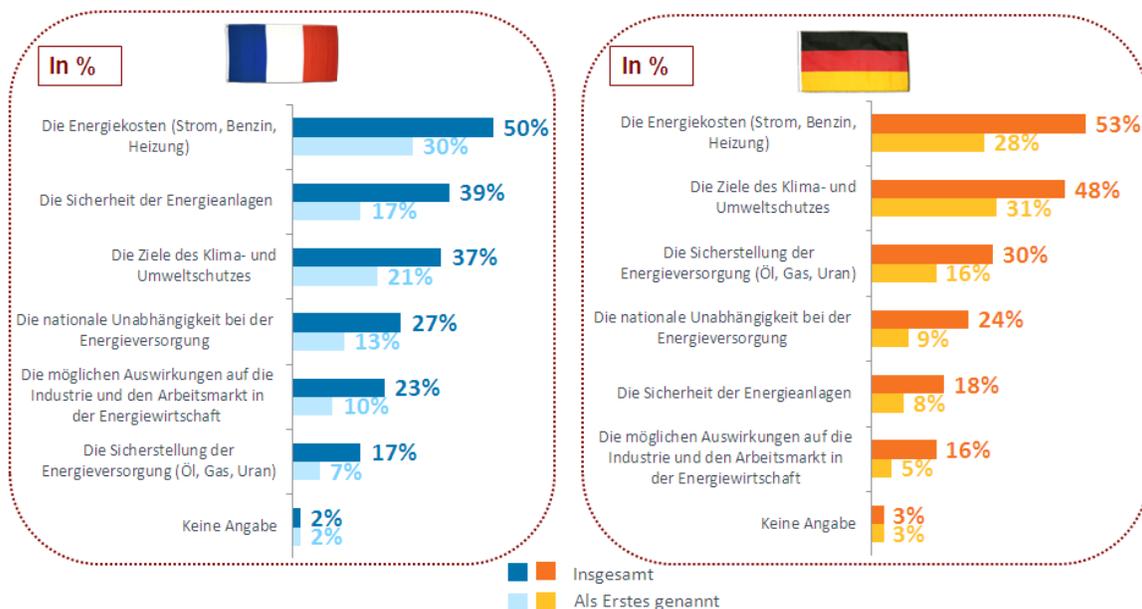
Welche Zielsetzungen in der Energiepolitik?

Die Energiekosten und der Schutz der Umwelt sind zwei wichtige Aspekte der Energiepolitik, wobei Franzosen zudem Wert auf die technische Sicherheit der Energieproduktion und Deutsche auf die Versorgungssicherheit legen.

Für Franzosen und Deutsche sind die Energiekosten das wichtigste Kriterium zur Ausrichtung der Energiepolitik ihres Landes: Insgesamt 50% der erstgenannten und 53% der letztgenannten erklären sie zu einem der beiden wichtigsten Faktoren, und sogar 30% bzw. 28% erklären sie zum wichtigsten Faktor. Dieses Kriterium ist für einfache Angestellte und Arbeitslose besonders wichtig.

Die Deutschen beharren dagegen in fast gleichem Maße auf dem Ziel des Klima- und Umweltschutzes (insg. 48%, für 31% das wichtigste Ziel), während die Franzosen diesem Punkt etwas weniger Bedeutung beimessen (37% insg., für 21% das wichtigste Ziel). Dieser Aspekt wird in beiden Ländern besonders von jungen Menschen hervorgehoben.

Unter den folgenden Aspekten, welche drei sollten Ihrer Meinung nach am stärksten die Energiepolitik ihres Landes bestimmen? Welcher Aspekt als Erstes?



An zweiter Stelle steht **für die Bevölkerung Frankreichs die technische Sicherheit der Energieproduktion** (insg. 39%, 17% an erster Stelle), wobei die Beurteilung hier sicherlich mit der Entscheidung Frankreichs zum Weiterbetrieb der Atomkraftwerke, mit dem Reaktorunfall in Fukushima und mit der Diskussion über die Sicherheit der französischen Kraftwerke zusammenhängt. Man kann festhalten, dass dieses Kriterium besonders für Frauen und ältere Menschen eine Rolle spielt. Im Vergleich dazu wird dieser Aspekt von den Befragten in Deutschland halb so oft genannt (insg. 18%, für 8% wichtigster Aspekt), wobei junge Deutsche dieser Frage noch am meisten Gewicht beimessen (27%). Demgegenüber **ist für die Deutschen die Versorgungssicherheit wichtig** (insg. 30%, für 16% am wichtigsten), wobei dies für die Franzosen ein unwichtiges Kriterium ist (insg. 17%, 7% als

wichtigstes). In Deutschland wird befürchtet, dass die Entscheidung für den Atomausstieg eine Gefährdung der Versorgungssicherheit bedeutet. Dies kann man als eine Folge des Diskurses der Gegner des Atomausstiegs sehen, deren Hauptargument die wachsende Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten ist, wenngleich die Zahlen diesen Zusammenhang nicht belegen.⁴ Diesen Aspekt halten in Deutschland besonders die Befragten zwischen 40 und 49 Jahren sowie diejenigen mit hohem Bildungsabschluss und die Anhänger der FDP für besonders wichtig.

Für etwa ein Viertel der Befragten sollte **die nationale Unabhängigkeit in der Energieversorgung** eine Rolle für die Ausrichtung der Energiepolitik spielen (27% in Frankreich, 24% in Deutschland). Dies gilt in Frankreich besonders für Anhänger des konservativen Lagers (32%). **Mögliche Auswirkungen auf die Industrie und die Situation am Arbeitsmarkt im Energiesektor** spielen für die Befragten nicht die größte Rolle bei Entscheidungen über die Energiepolitik, denn nur 10% der Franzosen erklären sie als wichtigsten (insg. 23%) Faktor – bei den Deutschen sind es 5% bzw. 16%. Man kann festhalten, dass es in Deutschland vor allem Anhänger der Partei „Die Linke“ sind, die diesen Erwägungen mehr Raum in der Energiepolitik einräumen möchten. Sie scheinen davon überzeugt zu sein, dass die Energiewende mit Risiken einer Negativauswirkung auf den Stellenmarkt behaftet ist.

Energiewende, ja – aber zu welchem Preis?

Die Energiewende sollte umgesetzt werden, aber nur, wenn sie nicht zu steigenden Energiepreisen führt.

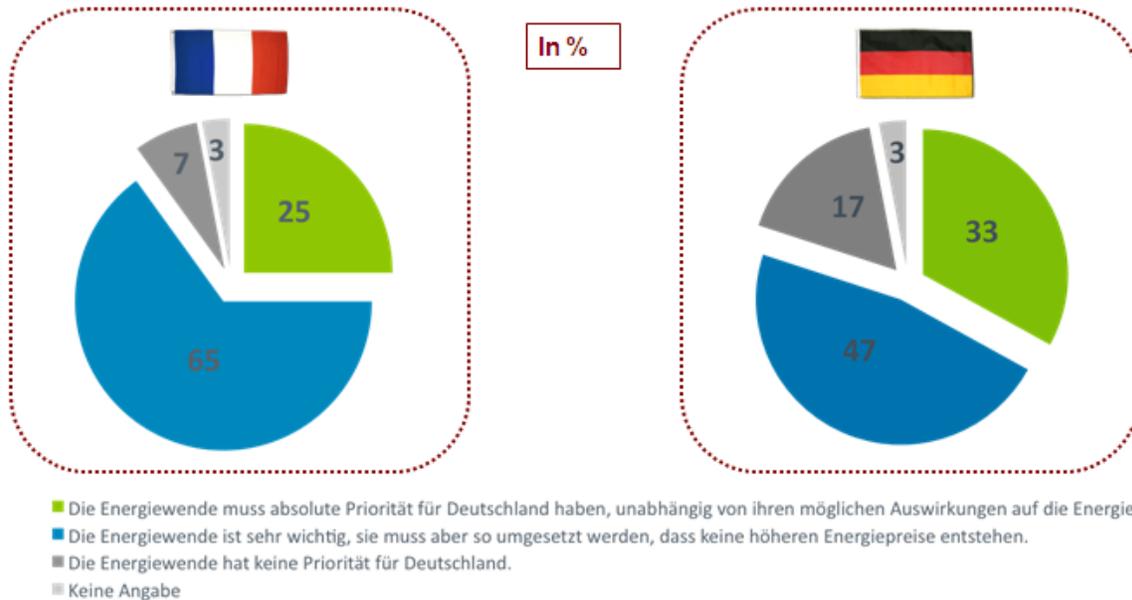
Wie man sehen konnte, sind die Energiekosten nach Einschätzung der Befragten der wichtigste Faktor bei Entscheidungen zur Ausrichtung der Energiepolitik. Deswegen sind sowohl Deutsche als auch Franzosen für die Energiewende – darunter wird im Allgemeinen die Verringerung des Anteils der nicht erneuerbaren Rohstoffe (Erdöl, Kohle, Gas) zugunsten der erneuerbaren Energien (Solar-, Windenergie, etc.) verstanden - allerdings nur unter der Bedingung, dass der Energiepreis nicht steigt.

So sind **65% der Franzosen der Ansicht, die Energiewende sei wichtig, dürfe aber nicht zu steigenden Energiepreisen führen**, wobei 25% der Energiewende an sich mehr Bedeutung beimessen als dem Preis und 7% davon überzeugt sind, dass die Wende in Frankreich keinerlei Priorität haben sollte. **In Deutschland spielt in dieser Frage der Umweltschutz praktisch eine gleich große Rolle wie der wirtschaftliche Aspekt. Dabei fällt die Beurteilung weniger einheitlich aus, und immerhin stellt eine relative Mehrheit (47%) die Energiewende unter die Bedingung, dass die Preise nicht steigen.** Ein Drittel der Befragten glaubt hingegen, dass die Wende umgesetzt werden sollte und man dafür auch Preiserhöhungen in Kauf nehmen muss. 17% der Deutschen (also bedeutend mehr als bei den Franzosen) sehen in der Wende keinerlei Priorität. Möglicherweise lässt sich dies mit Deutschlands frühzeitigem und stetigem Ausbau der Erneuerbaren Energien erklären. Die Energiewende ist

⁴ Untersuchungen belegen, dass Deutschland trotz des schrittweisen Atomausstiegs weiterhin Strom exportiert.

aus diesem Grund zum Teil bereits gelebte Realität und wird von den Deutschen weniger als Dringlichkeit wahrgenommen.

Unter Energiewende verstehen wir die Reduzierung des Anteils der nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen (Öl, Kohle, Gas) in der Energieproduktion zugunsten der erneuerbaren natürlichen Ressourcen (Sonne, Wind etc.). Angesichts dieses Ziels, welcher der folgenden Aussagen würden Sie am ehesten zustimmen?



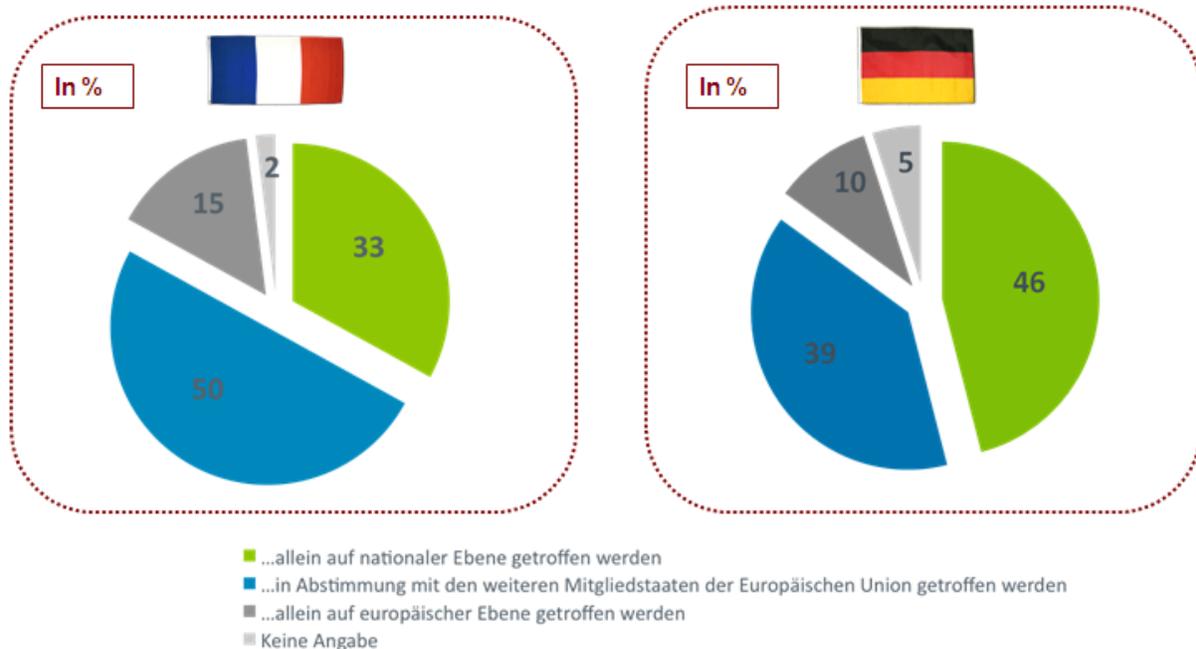
Im Detail betrachtet gehören die Befragten, die in der Energiewende eine Notwendigkeit unabhängig von der Preiserhöhung sehen, zur bessergestellten Kategorie mit höherem Bildungsabschluss und mehr Einkommen sowie zu den Anhängern der Linken. Diejenigen, für die das Ausbleiben der Preiserhöhung eine Bedingung für die Energiewende ist, sind einfache Angestellte, haben ein niedriges Einkommen und gehören den Rechtsextremen oder dem konservativen Lager an. In Deutschland verlaufen diese Bruchlinien nicht unbedingt gleich – die Meinungsbildung hängt hier eher vom Alter der Befragten ab: 40% der jungen Deutschen sehen in der Energiewende eine absolute Priorität, während die 40- 49jährigen überwiegend die Vermeidung von Preiserhöhungen als Bedingung für die Wende ansehen. Im politischen Spektrum sind die Grünen in Deutschland viel eher als ihre französischen Mitstreiter davon überzeugt, dass die Energiewende an keinerlei Bedingung geknüpft werden sollte (75% i.V.z. 35%), während die Anhänger der CDU/CSU und auch der SPD diese nur dann als wichtig einschätzen, wenn zugleich eine Preiserhöhung vermieden wird. Für die Sympathisanten der Partei „Die Linke“ besitzt die Energiewende dagegen keine Priorität.

Energiepolitik: Sache der EU oder der Mitgliedstaaten?

Was Energiefragen betrifft, scheinen die Deutschen gegenüber einer weiteren europäischen Integration etwas weniger aufgeschlossen zu sein als die Franzosen.

Wo sich die Deutschen ein wenig deutlicher als die Franzosen für eine europäische Vergemeinschaftung der Wirtschafts- und Haushaltspolitiken aussprechen und sich in einer früheren Studie⁵ ebenfalls zu einem gesamteuropäischen Vorgehen im Bereich Immigration bekannt haben, gilt dies nicht für die Energiepolitik. Nur **39% der Deutschen möchten, dass Entscheidungen zum Energiemix in den Mitgliedstaaten in Einklang mit anderen europäischen Ländern getroffen werden**, während 10% die Entscheidungen ganz auf die europäische Ebene verlagern wollen und 46% diese ausschließlich auf nationaler Ebene treffen möchten. **Die Hälfte der Franzosen tendiert in diesem Bereich eher zu einer europäischen Vergemeinschaftung**, während 33% die energiepolitischen Entscheidungen auf nationaler Ebene treffen und 15% diese dagegen ausschließlich der Union überlassen wollen.

Der „Energiemix“ eines Landes setzt sich aus den verschiedenen Energieproduktionsquellen (Öl, Kohle, Gas, Atomkraft, Erneuerbare, Wasserkraft...) zusammen. Wenn ein EU-Mitgliedstaat eine Entscheidung trifft, die sich auf seinen „Energiemix“ auswirkt, sollte diese Entscheidung Ihrer Meinung nach...?



Diese Ergebnisse zeigen, dass kein grundsätzlicher Widerspruch herrscht zwischen den etwas pro-europäischeren Deutschen und den zurückhaltenderen Franzosen, wobei die Meinungsbilder über Europa je nach Thema und auch angesichts der Frage nach Zielsetzung und nationaler Souveränität in dem einen oder anderen Politikbereich divergieren können. So sind es nur die Anhänger der Parteien „Die Linke“ und „Die Piraten“, die sich in deutlich größerer Zahl für die Idee einer Abstimmung auf europäischer Ebene aussprechen. In Frankreich wird diese Position eher von den älteren Befragten, den Menschen mit höherem Bildungsniveau, den Bewohner des Westens des Landes und den Anhängern des linken Lagers vertreten.

⁵ Siehe die im Rahmen des Genshagener Forums 2011 veröffentlichte Umfrage „Zuwanderung und Integration in Deutschland, Frankreich und Europa.“, abrufbar unter <http://www.stiftung-genshagen.de/genshagenerforum/Meinungsumfrage.pdf>

Bitte beachten Sie, dass die Ergebnisse der vorliegenden Studie nur unter Angabe der folgenden technischen Voraussetzung der Erhebung erfolgen darf: die Untersuchungsmethode, der Erhebungszeitraum, der Namen der Auftraggeber – das Institut Montaigne und die Stiftung Genshagen – und der Name des Umfrageinstituts – Harris Interactive.

Über die Stiftung Genshagen

Die Stiftung Genshagen ist eine gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts. Stifter sind der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und das Land Brandenburg.

Aus einer privaten, gemeinsamen Initiative von Brigitte Sauzay, ehemaliger Beraterin des Bundeskanzlers Gerhard Schröder für die deutsch-französische Zusammenarbeit, und dem Historiker Professor Rudolf von Thadden entstanden, führt sie seit etwa 20 Jahren internationale Projekte zur Förderung der Völkerverständigung und der Zusammenarbeit in Europa durch.

Die Stiftung ist eine Plattform des Austauschs zwischen Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien. Dabei fördert sie den Dialog zwischen Deutschland und Frankreich sowie, im Sinne der Idee des „Weimarer Dreiecks“, in verstärktem Maße mit Polen. Diese europäische Dimension der Stiftung zeigt sich sowohl an der Zusammensetzung der Mitarbeiter und Gremien – dem Vorstand, dem Kuratorium und dem Beirat – als auch an ihrer inhaltlichen Ausrichtung in den beiden Bereichen „Kunst- und Kulturvermittlung in Europa“ und „Europäischer Dialog – Europa politisch denken“. Letzterer widmet sich, unter anderem mit dem Genshagener Forum, der Reflexion über die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft Europas, den inneren Zusammenhalt der Europäischen Union und deren Rolle in der Welt.

www.stiftung-genshagen.de

Kontakt:

Chantal Mairesse
Projektleiterin
E-Mail : mairesse@stiftung-genshagen.de
Tel. +49 3378 805936

Nina Henke
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: henke@stiftung-genshagen.de
Tel. +49 3378 805995



Über das Institut Montaigne

Das Institut Montaigne ist ein im Jahr 2000 durch Claude Bébéar gegründeter gemeinnütziger Verein und unabhängiger Think Tank. Sein Ziel ist es, durch die Initiierung von Debatten auf die Politik einzuwirken, um Frankreich für die Globalisierung zu stärken. Seit seiner Gründung fördert das Institut die Einbindung der Zivilgesellschaft und insbesondere der Unternehmen in die Politikgestaltung, um auf diese Weise das wirtschaftliche und soziale Umfeld in Frankreich zu verbessern.

Das Institut steht allen Ansätzen zur Förderung der Marktwirtschaft und des sozialen Zusammenhalts offen gegenüber. Das Institut wird allein aus Mitteln seiner privaten Mitglieder finanziert. Dabei übersteigen deren Beiträge nie mehr als 2% des gesamten Jahresbudgets des Instituts. In seinen Arbeiten und Politikempfehlungen orientiert sich das Institut stets am Gemeinwohl. Die Leitung auf zwei Ebenen – Vorstand und Beirat – sichert seine Unabhängigkeit und die Qualität seiner Aktivitäten.

Das Institut Montaigne konzentriert sich in seinen Publikationen und Veranstaltungen auf drei Arbeitsbereiche: den sozialen Zusammenhalt, die Modernisierung des öffentlichen Sektors sowie Wirtschafts- und Europafragen. Das Institut Montaigne ist davon überzeugt, dass Europa stets einen zentralen Stellenwert in jedem politischen und wirtschaftlichen Projekt Frankreichs einnehmen muss. In dieser Hinsicht spielen die deutsch-französischen Beziehungen, als historischer Motor des europäischen Integrationsprozesses, eine entscheidende Rolle, um große europäische und internationale Projekte anzustoßen.

www.institutmontaigne.org

Kontakt:

Maylis Brandou

Leiterin Kommunikation

E-Mail: mbrandou@institutmontaigne.org

Tel. +33 1 5818 3922



Über Harris Interactive

Harris Interactive ist ein im Bereich Umfragen renommiertes Institut (6. Platz unter den weltweiten Umfrageinstituten). Der französische Ableger wurde im Jahr 1995 von Nathalie Perrio-Combeaux und Patrick van Bloeme unter dem Namen Novatris gegründet und hat sich im März 2004 der Gruppe Harris Interactive angeschlossen.

Harris Interactive bietet innovative Umfragemethoden, Analysen und strategische Beratung an, die den Kunden erlauben, durchdachte und wirkungsvolle Entscheidungen zu treffen. Die Gruppe verdankt ihren Ruf den „Harris Poll“ - Meinungsumfragen sowie seiner Vorreiterrolle im Bereich Online-Studien. Das Unternehmen hat das - seiner Ansicht nach - weltweit wichtigste Panel der Marktforschung ins Leben gerufen, Harris Poll Online. Harris Interactive arbeitet für Auftraggeber in der ganzen Welt und unterhält Ableger in Nord-Amerika und in Europa.

www.harrisinteractive.fr

Kontakt:

Laurence Lavernhe
39, rue Crozatier
75 012 Paris
Tel: 0033 (0)1 44 87 60 94/ 0033 (0)1 44 87 60 30
llavernhe@harrisinteractive.fr

Jean-Daniel Lévy
Leiter der Abteilung Politik & Meinung
Tel: 0033 (0)1 44 87 60 30
jdlevy@harrisinteractive.fr